

Mein Name ist Michael Forßbohm, ich bin 61 Jahre alt, von Beruf Arzt, seit 40 Jahren Mitglied der Gewerkschaft des Öffentlichen Dienstes und seit 2005 Vertrauensmann von ver.di im Gesundheitsamt Wiesbaden.

Im März 2011 beschloss die hessische Landesbezirkskonferenz der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft:

Die Landesbezirkskonferenz beschließt

Unsere Gewerkschaft ver.di muss alle verfügbaren Mittel aufwenden, um einen Stopp der weiteren Privatisierung von Krankenhäusern zu erreichen und sich für eine Rekommunalisierung privatisierter Krankenhäuser einzusetzen.

Begründung

Durch die Gesundheitsreform ist in der Bevölkerung der Eindruck entstanden, dass auch in Krankenhäusern nur noch über den Faktor Wirtschaftlichkeit gehandelt wird. Jedoch ist der Patient kein Kunde und die Gesundheit oder Krankheit keine Ware. Das Spardiktat der Politik hat den Konkurrenzkampf zwischen den Kliniken eröffnet. Durch weitere Privatisierungen von Kliniken werden auf die Patienten sowie auf das Personal erhebliche Einschränkungen zukommen. Dies kann aber nicht das Ergebnis einer sogenannten Gesundheitsreform sein. Im Mittelpunkt eines funktionierenden Gesundheitswesens muss wieder der kranke Mensch stehen, der ein Anrecht auf optimale medizinische Versorgung und eine menschenwürdige Behandlung hat. Deshalb muss eine weitere Privatisierung von Krankenhäusern gestoppt werden. Zur Erhaltung der Solidargemeinschaft müssen Profite der privaten Konzerne in das System zurückfließen oder die Trägerschaft in die öffentliche Hand zurück gegeben werden.

Als unsere Wiesbadener Delegierten diesen Beschluss fassten, ahnten sie nicht, dass er recht bald eine brandaktuelle Bedeutung für unsere Stadt bekommen würde.

Im gleichen Monat nämlich warben CDU und SPD Wiesbaden um Wählerstimmen mit dem Versprechen, die Dr. Horst Schmidt Klinik als kommunales Krankenhaus zu erhalten.

OB Müller wird im Wiesbadener Kurier vom 12.02.2011 mit den Worten zitiert „Ich will eine völlig kommunale HSK.“

Die SPD Wiesbaden verteilte Tausende ihrer Wahlprogramme mit der Aussage: „Wir wollen die HSK als kommunales Krankenhaus erhalten“

CDU und SPD haben mit ihrem Koalitionsvertrag und dem danach abgespulten Programm ihr Wort gebrochen. Damit stellen sie selbst das Vertrauen in die repräsentative Demokratie in Frage und fördern die Politikverdrossenheit in weiten Kreisen der Bevölkerung. Sie rechnen auf eine Mischung aus Ohnmachtsgefühlen und Vergesslichkeit bei den Wählerinnen und Wählern.

Wenn Stimmabgabe bei Wahlen nur noch bedeutet, einen Blankoscheck zur freien Verwendung durch Spitzenpolitiker in den nächsten 5 Jahren auszustellen, dann ist die Demokratie in diesem Land in Gefahr, dann bedarf unser Gemeinwesen dringend kräftiger demokratischer Impulse von unten!

Das Bürgerbegehren für eine kommunale HSK, getragen von ver.di, der GEW, der IG Metall, der IG Bau und der EVG, von Attac und dem Sozialforum, unterstützt von den Linken, Grünen und Piraten, war ein solcher Impuls. Wir wunderten uns teilweise selbst, wie groß die Bereitschaft vieler Wiesbadener war, sich mit ihrer Unterschrift für den Verbleib der HSK in 100% kommunalem Eigentum zu engagieren. Für uns und die Unterzeichner war eines klar:

Wir wollen nicht, dass unsere Gesundheitsversorgung zur Industrie wird und der Patient zur Ware!

Wir wollen, dass die Wählerinnen und Wähler das letzte Wort im Bürgerentscheid in Sachen HSK haben sollen!

Mit einer fadenscheinigen Begründung hat der Verwaltungsgerichtshof Kassel unser Bürgerbegehren als verfristet erklärt.

In den vergangenen Jahren wurden viele ehemals öffentliche Betriebe formal oder materiell privatisiert – meistens zum Schaden der dort Beschäftigten und der Bürgerinnen und Bürger. Wir brauchen nur nach Mittelhessen zu blicken:

dort wurden gegen erbitterten Widerstand die Universitätskliniken Marburg und Gießen zuerst fusioniert und dann zu 95% an die Rhön Klinikum AG verkauft.

Trotz kontinuierlichem Stellenabbau und zunehmender Arbeitsverdichtung blieb es dort relativ ruhig, bis die Betriebsräte Ende Februar 2012 dahinter kamen, dass der Konzern dort bis Ende 2013 ca. 500 Stellen abbauen will.

Auf einer Veranstaltung am 15. März haben uns niedergelassene Ärztinnen aus Marburg an Beispielen aus dem medizinischen Alltag aufgezeigt: dass die Alten und Kranken die Zeche bezahlen müssen, wenn eine Aktiengesellschaft eine Klinik der Maximalversorgung nach den Interessen der Aktionäre ummodelliert.

Inzwischen fordern der Senat der Universität Marburg und selbst der Magistrat der Stadt Marburg: Unikliniken zurück zum Land!

Am 23. April übernahmen die Rhön-Manager die Geschäftsführung in der HSK. Drei Tage später, am 26. April erfuhren wir, dass die Fresenius-Helios-Gruppe Rhön für 3 Milliarden € aufkaufen will.

Der hessische Ministerpräsident hat seinen Beifall bereits gespendet. Die Landesregierung und diese Firmen stecken alle unter einer Decke und haben Pläne, sämtliche kommunalen Krankenhäuser zu privatisieren!

Deshalb sagen wir:

gerade weil Rhön, Helios und wie sie alle heißen Profis sind im Erwirtschaften von Profiten in der Leitung von Krankenhäusern, wollen wir die jetzt anstehenden Veränderungen aufmerksam registrieren, dokumentieren und Alarm schlagen, wenn sich eine Verschlechterung der medizinischen Versorgung zeigt.

Die Krankenhauskonzerne brauchen Beobachtung und Kontrolle! Wir auch in Zukunft in enger Zusammenarbeit mit unseren Kolleginnen und Kollegen in Marburg, Gießen und anderswo leisten.

Wir bleiben am Ball! Wir lassen uns unser Gesundheitswesen nicht kaputtsparen!
Gemeinsam sind wir stark!